



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Demokratie schützen I – Bericht über Angriffe auf Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Vorfeld der Europawahl

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt den Angriff auf den SPD-Politiker Matthias Ecke und alle in den vergangenen Wochen und Monaten an mehreren Orten in Bayern und Deutschland verübten Gewalttaten und Übergriffe gegen Menschen, die sich politisch für unsere Demokratie engagieren, auf das Schärfste. Er bekennt sich zu einem respektvollen und sachlichen Umgang, einer fairen Debattenkultur und einem Verzicht auf Desinformation.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über Angriffe auf Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Zeitraum von Mai 2023 bis zur Europawahl zu berichten und dabei zu erläutern, welche Maßnahmen sie gegen die Gefahren künftig ergreifen wird.

Begründung:

Der brutale Angriff auf den SPD-Kandidaten für das Europaparlament, Matthias Ecke, MdEP, offenbart eine neue Qualität in der Verrohung unserer Gesellschaft. Es handelt sich nicht um einen Einzelfall oder um ein isoliertes Problem in einem anderen Bundesland. Auch in Bayern werden politische Veranstaltungen gestört, werden Politiker und Politikerinnen beleidigt, werden Sachbeschädigungen und Beleidigungen verübt. Der Vorfall steht exemplarisch in einer Reihe von Attacken und gewaltvollen Übergriffen auf Menschen, die sich in der Politik engagieren. Amts- und Mandatsträger und -trägerinnen, Wahlkampf helfer und Wahlkampf helferinnen, aber auch Menschen, die sich anderweitig ehrenamtlich für unsere Gesellschaft engagieren und ihre Freizeit opfern, damit unser Zusammenleben funktioniert, sind immer öfter konfrontiert mit Gewalt und Einschüchterung. Diese Angriffe gehen uns alle an, sie sind Angriffe auf unsere Rede- und Meinungsfreiheit und auf die Demokratie in diesem Land. Der Landtag zeigt sich solidarisch mit allen Betroffenen und stellt sich an die Seite der Menschen, die von dieser Gewalt bedroht werden. Jetzt ist es wichtig transparent zu machen, wie die Bedrohungslage in Bayern im Vorfeld der Europawahl konkret aussieht, und zu sehen, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.